



SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Nationalbank / IWF 4

Gigantischer Verlust der Nationalbank von 21 Milliarden Franken.



Kinderschutz 9

Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen.



Steuern 12

4 Milliarden mehr Steuern für das Schweizer Volk seit Anfang Jahr.



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen
Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

Für eine produzierende Landwirtschaft

Die Ernährungssouveränität hat im Zentrum der Landwirtschaftspolitik zu stehen. Dies gilt gerade auch im Hinblick auf die stark ansteigende Preise für Lebensmittel auf dem Weltmarkt. Der produzierende Bauernstand muss geschützt werden und die Schweizer Landwirtschaft darf keinesfalls der EU geopfert werden.



Von Links: Martin Haab (Co-Präsident BIG-M), Nationalrat Ernst Schibli, Parteipräsident Toni Brunner und Grossrätin Béatrice Struchen.

Die SVP machte an der Medienkonferenz am 21. Februar unmissverständlich klar, dass sie ohne Wenn und Aber zur produzierenden Landwirtschaft steht. Deshalb bekämpft die SVP die vom Bundesrat vorgeschlagene Anpassung des Direktzahlungssystems. Der Ausstieg aus der Milchkontingentierung ist für

die Mehrheit der Bauernfamilien ein reines Desaster. Zur Ernährungssouveränität gehört die Versorgung unserer Bevölkerung mit hochwertigen heimischen Produkten. Die Erfahrungen mit dem Cassis-de-Dijon-Prinzip zeigen, dass die Schweizer Qualität einmal mehr auf dem Altar der Beziehungen mit der EU geopfert wurde.



Bauernfamilien vor EU schützen!

Unserer heimischen Landwirtschaft gilt es Sorge zu tragen. Eine Politik, in der Jahr für Jahr tausende Bauernbetriebe ihre Existenz verlieren, könnte die Schweiz und ihre Bevölkerung schon bald teuer zu stehen kommen.

Die SVP steht ohne Wenn und Aber zu einer einheimisch produzierenden Landwirtschaft. Deshalb bekämpft die SVP die vom Bundesrat vorgeschlagene Anpassung des Direktzahlungssystems. Zudem ist der Ausstieg aus der Milchkontingentierung für die Mehrheit der Bauernfamilien ein Desaster. Die SVP fordert, dass die Schweizer Milchproduzenten die Chance bekommen, ihre Eigenverantwortung über die zu produzierende Menge selber zu übernehmen und so die desaströsen Produzentenpreise wieder ins Lot zu bringen.

Gesunde und natürliche, auf heimischen Böden produzierte landwirtschaftliche Erzeugnisse sind die Grundlage für die Existenz eines jeden souveränen und stolzen Staates. Die SVP setzt sich dafür ein, dass auch in Zukunft eine grösstmögliche Ernährungssouveränität unseres Lan-

des sichergestellt wird. Dies ist gerade auch vor dem Hintergrund stark ansteigender Preise für Lebensmittel auf dem Weltmarkt von zusätzlicher Bedeutung für unser Land. Schweizer Bauern nehmen sehr viele unterschiedliche Aufgaben wahr. Sie versorgen die weiterverarbeitende Industrie mit qualitativ hochwertigen Rohstoffen, welche sie aus tiergerechter und nachhaltiger Produktion gewinnen. Zudem stellen sie durch die fortwährende Bewirtschaftung der Böden und Wälder sicher, dass die Vergandung des Landes nicht weiter voranschreitet. Dem produzierenden Bauernstand gilt es Sorge zu tragen. Ein Agrarfreihandelsabkommen mit der Europäischen Union wäre existenzgefährdend. Die SVP wird daher ein wie auch immer geschnürtes Paket mit der EU, bei dem die Schweizer Landwirtschaft geopfert wird, mit einem Referendum bekämpfen.

Zur Ernährungssouveränität gehört die Versorgung unserer Bevölkerung mit hochwertigen heimischen Produkten. Die Erfahrungen mit dem sogenannten Cassis-de-Dijon-Prinzip zeigen, dass die Schweizer Qualität einmal mehr auf dem Altar der Bezie-

hungen mit der EU geopfert wurde. Bis die hängigen Beschwerden des Bauernverbandes behandelt sind und die Konsequenzen für die Schweizer Landwirtschaft und Konsumenten offen gelegt werden, fordert die SVP das Aussetzen der Anwendung des Cassis-de-Dijon Prinzips mittels Moratorium.

Im Jahr 2015 findet in Mailand die Weltausstellung zum Thema „Die Welt ernähren“ statt. Eine ideale Gelegenheit, den Schweizer Landwirten ein entsprechendes Schaufenster zu bieten, in welchem sie und ihre qualitativ hochwertigen Produkte einem internationalen Publikum nähergebracht werden können. Die SVP Bundeshausfraktion wird einen entsprechenden Vorstoss einreichen, der verlangt, dass das Konzept der Schweizer Teilnahme dahingehend anzupassen ist, dass der Schweizer Landwirtschaft mitsamt ihren Rohstoffen und Produkten an der Weltausstellung eine zentrale Rolle zukommt.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz



Haus der Freiheit

ob Krummenau im schönen Toggenburg!

Gemütliche Gaststube
Saal für Gesellschaften und Vereine
Einfache Zimmer für Übernachtungen

Wir suchen per 1. Mai 2011: freundliche Serviceangestellte

Schriftliche Bewerbung bitte an: Toni Brunner, Hundsrücken, 9642 Ebnat – Kappel

Hinweis für Jassfreunde: 9. SVP Zwickmeisterschaft, 23. April ab 13 Uhr

Anmeldung/Infos unter www.hausderfreiheit.ch

Anfahrt: Von Wattwil her die Umfahrungsstrasse Ebnat-Kappel benutzen und vor Krummenau links Richtung Bendel/Hemberg abbiegen. Dann geht's ca. 2 km den Berg hinauf. Der Landgasthof liegt an sonniger Lage.

Jeweils Sonntag ab 18 Uhr bis Dienstag 14 Uhr: Ruhetag

Reservierungen über 071 993 10 01
info@hausderfreiheit.ch www.hausderfreiheit.ch
Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel

Die SVP ist volksnah - die SVP „isch bi de Lüt“-

Ob beim Wirtschaftsforum, wo die Vertreter der kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU) sowie der Industrie des Zürcher Oberlandes eingeladen wurden, an der diesjährigen Muba oder am Jasscup - die SVP ist nah bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die SVP-Politiker schätzen den Dialog und den direkten Kontakt. An der Muba unterzeichneten diverse Politgrössen unserer Partei das neue Parteiprogramm und nutzten die Gelegenheit, ins Gespräch zu kommen.



Links: Die SVP an der Muba. Viele liessen begeistert Ihr Parteiprogramm unterzeichnen.



Rechts: Das Wirtschaftsforum fand in Hinwil im Vorfeld der Fraktionssitzung statt. Im Rahmen dieses Forums haben Bundesrat Ueli Maurer sowie die Nationalräte Peter Spuhler und Bruno Zuppiger ein Referat gehalten. Anschliessend fand in der FERAG AG eine Führung statt.

Volkswahl des Bundesrates

Unterschriften bitte rasch einsenden - bis spätestens 10. März!

- Wenn es wenige Bogen sind, so werfen Sie diese in den Briefkasten (an die aufgedruckte Adresse "Komitee für die Volkswahl des Bundesrates, Postfach 23, 8416 Flaach").
- Eine grössere Anzahl Unterschriften senden Sie bitte in einem Couvert an das Generalsekretariat der SVP, NR Hans Fehr, Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern.

Wichtig: Führen Sie Ihre Sammeltätigkeit unabhängig von dieser "Einsende-Aktion" bitte weiter!



Nationalrat Bruno Zuppiger mit dem Gewinner des diesjährigen Jasscups Franz Keller aus Bäretswil.

4 IWF

Die SVP lehnt es konsequen Franken zur Rettung bankro

Allein der Verlust der Nationalbank wegen kopflosen Devisenkäufen beträgt über 30 Prozent des Eigenkapitals unserer Nationalbank. Es geht um Volksvermögen. Und jetzt noch 16,5 Milliarden für den IWF, also fast ein Drittel des Bundesbudgets! Hier wurden leichtsinnig ungeheuerlich risikoreiche Spekulationsgeschäfte getätigt. Das ist ein Ausfluss von Grössenwahn und Fehleinschätzungen. Die Geschädigten sind einmal mehr die Steuerzahler. Und niemand will wirklich verantwortlich sein.

Dass es der Schweiz weniger schlecht geht als der EU, dass sie weniger verschuldet ist als die EU-Staaten, auch als die USA, auch als Japan, verdanken wir nur einem: Die Schweiz hat eine eigenwillige Staatsform, sie ist direkt demokratisch, unabhängig, auf dem Boden der dauernd bewaffneten Neutralität, sie hat ausgeprägte Freiheitsrechte und ist föderalistischer als andere Staaten. Darum ist sie nicht Mitglied der EU, und sie kann es nicht sein, ohne sich aufzugeben. Leider wird aber die Unabhängigkeit der Schweiz und die schweizerische Eigenart, sorgsam mit dem Geld umzugehen, nicht nur in der EU-Beitrittsfrage missachtet. Die anderen Regierungsparteien und die Schweizerische Nationalbank haben ob der Verschuldungs- und Eurokrise den Kopf und den Auftrag verloren. Der Kompass ist ihnen abhandengekommen. Gerade in Zeiten von Unsicherheit, Krisen, Staatsbankrotten und drohenden Bankkonkursen sollte ein Staat auf seinen bewährten Wegen bleiben und seine Mittel möglichst zusammenhalten. Im Bundeshaus in Bern und in der Nationalbank funktioniert es folgendermassen:

In einer Nacht- und Nebelaktion wollten die schweizerische Finanzministerin und die kreditgebende Nationalbank während der Winter-session 16,5 Milliarden Franken an den Internationalen Währungsfonds (IWF) durch beide Räte boxen. Entgegen ihrer eigentlichen Aufgabe der Stabilisierung von Währungen soll

der Währungsfonds die Schuldenkrise von Industrieländern bewältigen und jenen wankenden deutschen, französischen und englischen Banken unter die Arme greifen, die allzu riskante Kredite allzu riskanten Ländern gewährt haben.



Artikel von a. Bundesrat Christoph Blocher, Herrliberg (ZH)

Die Mitgliedschaft im IWF ist kurz vor der EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) - Abstimmung 1992 gegen den erbitterten Kampf der SVP erfolgt. Hätte sich die SVP damals durchgesetzt, wären wir heute nicht Mitglied des IWF. Dieser Beitritt erweist sich nun als schwerer Nachteil. Im Kommando-Ton erfolgt auch heute wieder der Ruf nach Solidarität. Kein Wort vernahm man damals davon, dass wir künftig im grossen Stil europäische und wohl bald auch amerikanische Gliedstaaten und deren verfehlte Schuldenpolitik stützen müssen. Der IWF ist heute eine andere Institution als jene, die das Volk 1992 genehmigt hat. Diese Instituti-

on reisst immer mehr Macht an sich, will immer mehr kontrollieren und regulieren, und niemand weiss, wie man den IWF retten würde, wenn dieser selber ins Wanken gerät. Die Aufstockung um 16,5 Milliarden Franken ist vom Ständerat im Handumdrehen bewilligt worden und wird auch im Nationalrat genehmigt. Die SVP ist wieder einmal allein standhaft und lehnt diesen Kredit ab. Die Allianz von SP, FDP und CVP stimmt nicht nur diesen 16,5 Milliarden zu, sondern

zusätzlich einer Erhöhung der Entwicklungshilfe. Die SP erspresste die Mitteparteien, indem sie sagte: „Wir stimmen dem IWF-Kredit nur zu, wenn gleichzeitig die Entwicklungshilfe um 640 Millionen erhöht wird.“ Selbstverständlich knickten die Mitteparteien ein. Die SVP wird diesen Kredit bekämpfen, denn er stellt ein untragbares finanzielles Risiko dar.

Allein der Verlust der Nationalbank wegen kopflosen Devisenkäufen beträgt über 30 Prozent des Eigenkapitals unserer Nationalbank. Es geht um Volksvermögen. Und jetzt also noch 16,5 Milliarden für den IWF, also fast ein Drittel des Bundesbudgets!

t ab, 16'500'000'000 tter EU-Staaten einzusetzen

Die Rettung der überschuldeten EU-Staaten und die Rettung der EU-Banken sollen die Schweizer tragen. Zudem sind die Risiken sehr ungleich verteilt. Die Schweiz bezahlt 2'268 Dollar pro Einwohner, Österreich nur 686 Dollar, das grosse Deutschland 496 Dollar, Frankreich 464 Dollar und Italien 362 Dollar pro Einwohner. Nationalbank, Bundesrat, Ständerat und Nationalrat stört dies nicht.

Die Nationalbank

Jetzt ist es an den Tag gekommen: Die Schweizerische Nationalbank schreibt einen gigantischen Verlust von 21 Milliarden Franken. Hätte sie nicht ihr Gold um 6 Milliarden aufgewertet, wären es gar 27 Milliarden! Kanton, Bund und Private werden wohl ab nächstem Jahr für viele Jahre auf Gewinnausschüttungen verzichten müssen.

Was ist geschehen? Wie beim IWF zur Lösung der Schuldenkrise hat die Nationalbank auch beim Devisenkauf ihren Auftrag – nämlich die Wahrung der Preisstabilität – verlassen und sich plötzlich nicht nur über den IWF als Retter der Schuldenstaaten, sondern auch noch als Retter des Euro betätigt. So wurden allein durch die Nationalbank

zusätzlich zu den bereits Ende 2008 gehaltenen 50 Milliarden Devisen im Jahr 2009 für 48 Milliarden und innerhalb 4 Monaten anfangs 2010 für weitere 150 Milliarden Franken Devisen gekauft. Damit erreichte der Devisenbestand – vor allem Euro –

total 240 Milliarden, was zu einem Währungsverlust von 26 Milliarden Franken führte. Und dies bei einem Eigenkapital der Nationalbank Ende 2009 von nur 66 Milliarden. Damit ist ein Drittel bereits verloren. Das „schleckt keine Geiss weg“: Hier wurden leichtsinnig ungeheuerlich risikoreiche Spekulationsgeschäfte getätigt. Das ist ein Ausfluss von Grössenwahn und Fehleinschätzungen. Es konnte nur schief gehen!

Die Geschädigten – vor allem die Steuerzahler – haben ein Anrecht auf Information, auf Aufsichtsmaßnahmen und eventuell Sanktionen sowie auf eine Regelung, dass so etwas nicht mehr passieren kann. Und Fragen sind viele: Das Schweizer Volk will z.B. wissen, ob es stimmt, dass die Schweiz plötzlich über die durch die Schweizerische Nationalbank spekulativ erworbenen Euros durch Staatsanleihen mit

160 Milliarden zum Gläubiger von Euroländern geworden ist! So etwas darf nicht hingenommen werden. Die SVP hat zu handeln. Und sie wird es auch tun.

Die Verantwortung

Angesichts der schwerwiegenden Fehlentscheide in der SNB stellt sich die Frage nach der Verantwortung. Wer die Frage nach der Verantwortung in den letzten Wochen und Tagen aufbrachte, stellte fest: Niemand will wirklich verantwortlich sein. Ist

es das Direktorium der SNB allein? Der Bankrat? Der Bundesrat? Das Parlament? Es ist nicht nur ein theoretisches Gedankenspiel, dass die SNB bankrottgehen könnte. Der Verlust der SNB ist jetzt

gerade gleich hoch wie die Verluste, die die frühere Leitung der UBS eingefahren hatten. Doch dort wurden die Aktionäre, – nicht wie bei der SNB das ganze Schweizer Volk – geschädigt. Und bei der UBS wurden die Konsequenzen gezogen. Die Verantwortlichen Herren Ospel, Häringer, Rohner und Kurer mussten zurücktreten. Gelten für die Nationalbank andere Verantwortlichkeiten?

Die SVP verlangt vom Bundesrat die lückenlose Aufklärung über die Verantwortlichkeiten und die entsprechenden personellen Konsequenzen. Dabei sind die Schutzbehauptungen abzuweisen, dass damals beim Kauf der Devisen der Schweizer Franken überbewertet gewesen sei, oder dass die Gefahr einer weit und breit nirgends erwarteten Deflation bestanden habe, oder dass der Druck der Maschinenindustrie beträchtlich gewesen sei.

Die Nationalbank gefällt sich im Moment sehr darin, eine demonstrative Rolle bei den Schuldenstaaten, bei der Eurorettung und bei der Reguliererei der Geschäftsbanken zu spielen. Auch hier ist wieder die SVP gefragt. Die „heilige“ Allianz der SP mit den Mitteparteien trottet brav hinter IWF, SNB und der Geldverschleuderung hinterher. Darum gilt: Schweizer wählen SVP!

“ *Die Schweizerische Nationalbank schreibt einen gigantischen Verlust von 21 Milliarden Franken.* ”

“ *Die Institution IWF reisst immer mehr Macht an sich, will immer mehr kontrollieren und regulieren.* ”

LSE System AG, die Mutterfirma des HAT-Systems ist 25 Jahre alt.

Das Team der LSE System AG freut sich, gleich zwei grosse Jubiläen zu feiern: Die LSE-System AG wird 25 Jahre alt und das HAT-System, mit der die LSE System AG die Bodenheizungssanierung revolutionierte, ist seit 10 Jahren erfolgreich im Markt. Gerne analysieren wir für Sie mit unserem 50%-Rabatt-Angebot den Zustand Ihrer Bodenheizung und beraten Sie bei Bedarf über allfällige Sanierungsschritte.

Seit 10 Jahren müssen in die Jahre gekommene Bodenheizungen nicht mehr komplett saniert werden, sondern können meistens kostensparend – ohne die Fussböden aufzureissen – von innen saniert werden. Und das ohne Lärmemissionen, ohne Betriebs- und Wohnunterbrechung und erst noch wesentlich günstiger als eine Komplettisanierung.

Das Problem

Speziell in den 1970er- bis in die Anfänge der 90er-Jahre wurden Heizkreise aus Kunststoffrohren in den Böden verarbeitet. Sie sind aufgrund ihres molekularen Aufbaus sauerstoffdurchlässig und verspröden. Durch den Alterungsprozess wandert Sauerstoff in den geschlossenen Heizkreislauf und greift die metallischen Teile der Anlage an, Rost- und Ablagerungspartikel lassen die Heizkreise verschlammten. Die Folgen: Einzelne Räume werden nicht wirklich warm und mit dem Energieaufwand steigen die Kosten. Wird in dieser Situation nichts unternommen, gelangt Feuchtigkeit ins Gemäuer und schlimmstenfalls droht der Totalausfall des Systems.

Kontraproduktiv ist es, die Leitungen mit Wasser freizuspülen, Leitungsspülungen verschlimmern das eigentliche Problem, da mit der Spülung neuer Sauerstoff in den geschlossenen Kreislauf eindringt.

Durch den erhöhten Sauerstoffgehalt werden die Eisenteile verstärkt angegriffen und die Verschlammung nimmt erneut zu. Ein Teufelskreis, der zum Totalausfall der Heizkreisläufe führen kann. Schätzungen gehen davon aus, dass lediglich 30% aller Heizsysteme einwandfrei arbeiten. Zuverlässige Ergebnisse ohne bauliche Massnahmen werden bei der Zustandsanalyse am besten durch die geschickte Kombination verschiedener Diagnoseinstrumente wie Wasseranalyse, Infrarottechnik und Versprödungsmessung erzielt.

Wasseranalyse, Infrarottechnik und Versprödungsmessung

Die Wasseranalyse liefert präzise Schlussfolgerungen über den Versprödungsgrad der Kunststoffrohre, welche sie aufgrund der Parameteruntersuchung erzielt. Bis heute wird diese Vorgehensweise unterschätzt. Untersuchungsmethoden, die nur wenige Parameter, wie beispielsweise den pH-Wert oder die Leitfähigkeit des Wassers berücksichtigen, sind ungenügend. Das entnommene Heizungswasser wird in einem modernen Labor vor Ort untersucht und 60 Minuten später kann der Rohrzustand und die bestehende Gefahr festgestellt werden. Nun kommt die Infrarottechnik zum Einsatz. Mit Hilfe der Wärmebildkamera



können alle Verläufe der Heizungsstränge auf allfällige Verstopfungen, Lecks oder andere Fehler durchleuchtet werden. Dadurch kommen auch geknickte Rohre, welche auf Installationsmängel basieren, zum Vorschein. Die Wärmebildkamera zeigt bei stark verschlammten Heizkreisläufen exakt bis zu welcher Stelle das System unversehrt ist und wo die Verschlammung beginnt.

Bei der Kunststoffversprödungs-Messung werden aus den unter-

schiedlichen Bereichen Rohrmuster entnommen und mit einer mechanischen Prüfung analysiert, bis zu welchem Grad die Stabilisatoren in den verschiedenen Bereichen bereits ausgewaschen wurden. Die Resultate werden zur Untersuchung eingeschickt und liegen etwa nach einem Monat vor.

Die Sanierung

Eine frühzeitige Zustandsanalyse spart Kosten durch Prävention. Beginnen die Kunststoffrohre zu verspröden,



kann, wenn dies im Ausgangsstadium entdeckt wird, durch eine Rohrinnen-sanierung der Heizungsrohre der Total-ersatz des Systems verhindert werden. Hierbei wird in einem ersten Schritt mit speziell aufbereiteter Druckluft sämtliches Restwasser aus dem Heizungssystem geblasen und sauber entsorgt. Dann werden die Rohrinnenflächen gereinigt. Dies ist vergleichbar mit dem Effekt eines Schleifpapiers. Ein Spezialkompressor presst mit Luftdruck ein für den jeweiligen Einzelfall abgestimmtes, chemiefreies Abrasivgemisch an die Rohrwände und entfernt Schlammrückstände und Verkrustungen. Selbst kleinste Winkel und Verzweigungen werden erfasst. Am Rohrende saugt eine Recyclingmaschine das Granulat und die Korrosionsrückstände ab. Das Rohr ist blank.

Über eine komplett automatisierte Misch- und Dosiermaschine wird für die Rohrinneisanierung die benötigte Epoxidharzmenge entnommen. Anschliessend wird das Beschichtungsmaterial per Luftstrom feinverteilt, fliesst durch jede Rohrwandung und beschichtet die Wände von innen, bis das überschüssige Harz am Ende der Leitung austritt. Sofort werden Druck und Luftvolumen reduziert, damit das

an den Rohrwänden haftende Epoxidharz nicht mehr weiterfliessen kann.

Die Beschichtung stoppt den Alterungsprozess und schützt vor weiterer Versprödung der Rohre. Nach 48 Stunden ist das Epoxidharz ausgehärtet und kann wieder belastet werden. Im alten Rohr ist ein neues Rohr entstanden. Die Lebenszeit der Fussbodenheizung verlängert sich nachweislich um mindestens zwanzig Jahre.

Weitere Auskünfte zur Sanierung Ihrer Fussbodenheizung:



LSE-System AG
Wolleraustr. 41a
8807 Freienbach
Telefon 044 786 79 00
Fax 044 786 79 10
info@hat-system.com
www.hat-system.com



25

25 Jahre LSE-System AG

Grosses 25 Jahre-Jubiläums-Angebot

«HAT-System, die Bodenheizungs-Sanierung von innen»

50% Jubiläumrabatt auf die Wasseranalyse Ihrer Fussbodenheizung für nur 395 Franken anstatt 790 Franken. Die Analyse beinhaltet eine Zustandsdiagnose und bei Bedarf die Beratung über allfällige Sanierungsschritte.

Ja, bitte prüfen Sie den Zustand meiner Fussbodenheizung zum halben Preis.

Name	Vorname
Strasse	PLZ/Ort
Baujahr Ihrer Liegenschaft	
Telefon tagsüber	Telefon abends
Datum	Unterschrift

Bitte einschicken oder faxen an:
LSE System AG
Wolleraustr. 41a, 8807 Freienbach
Tel. 044 786 79 00; Fax 044 786 79 10

50% Rabatt

Neue Schwierigkeiten im Asyl- und Ausländerbereich

An der im vergangenen Sommer lancierten Volksbefragung der SVP haben über 70'000 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen. Die Antworten machten deutlich, dass 90 % der Teilnehmenden die lasche Gangart im Asyl- und Ausländerbereich nicht länger akzeptieren. Die vielen eingebrachten Ideen und Massnahmen wurden parteiintern geprüft und in die politische Diskussion eingebracht. Die Fraktion der SVP wird diverse Vorschläge als parlamentarische Vorstösse im Parlament einreichen.



von Nationalrat Jean-François Rime, Bulle (FR)

Jahr für Jahr strömen über 100'000 neue Einwanderer in die Schweiz. Die Auswanderung bleibt dabei jedoch bescheiden. Die kürzlich veröffentlichten Zahlen des Bundesamtes für Migration beweisen: Selbst 2009 und 2010, zwei wirtschaftlich schwierige Jahre, wanderten jährlich über 130'000 Ausländer in die Schweiz ein. Diese Entwicklung muss endlich

wieder unter Kontrolle gebracht werden. Dies soll nun ein Vorstoss der SVP-Fraktion erreichen. Die Schweizer Bevölkerung hat aufgrund der Zuwanderung seit 2007 jedes Jahr um über 1 % zugenommen. Dass aus den Bedürfnissen der Wirtschaft zeitweise ein positiver Wanderungssaldo sinnvoll ist, wird nicht bestritten. Die in den letzten 4 Jahren erlebte Massenzuwanderung, insbesondere aus dem europäischen Raum, schafft jedoch Probleme im Wohnungsbereich, im Bildungssystem, bei den Sozialwerken und Infrastrukturen und gefährdet somit den sozialen Frieden. Jeder Einwohner der Schweiz kann die negativen Auswirkungen der Bevölkerungszunahme spüren. Die Einwanderung

muss in Relation zur Auswanderung und zur Gesamtbevölkerung gesetzt werden. Dazu ist der entsprechende Handlungsspielraum zu schaffen, allenfalls auch durch die Anpassung internationaler Abkommen wie beispielsweise dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU.

Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion in der Frühjahrsession einen Vorstoss einreichen, der vom Bundesrat verlangt, dem Parlament eine Gesetzesänderung vorzulegen, welche die Möglichkeit schafft, den jährlichen Wanderungssaldo auf 0,5 % der schweizerischen Wohnbevölkerung zu begrenzen.



von Nationalrat Walter Wobmann, Gretzenbach (SO)

Die Umstürze und Aufstände in Tunesien, Ägypten, Bahrain, Jemen und Libyen sind zwar überraschend gekommen, doch werden die Auswirkungen auf die Migrationsströme Richtung Europa gravierend und lang anhaltend sein. Aus diesem Grund muss der Bundesrat klar Stellung beziehen, wie er mit den drohenden Flüchtlingsströmen aus Nordafrika umgehen will und Massnahmen aufzeigen, wie er eine Massenzuwanderung über den

Asylweg verhindern will. Die SVP-Fraktion wird in der Frühjahrsession eine dringliche Debatte zu diesen Fragen fordern. Die bereits erfolgte Flüchtlingswelle tausender Tunesier zur italienischen Insel Lampedusa ist wohl nur ein Vorgeschmack auf die noch ausstehende Völkerwanderung aus den Umsturz-Ländern. Denn jede Unruhe bringt politische Flüchtlinge, aber auch Wirtschaftsflüchtlinge, welche die Situation für sich nutzen wollen, mit sich. In den vergangenen zwei Wochen sind 6'000 Migranten gestrandet. Wichtig wäre nun, klare Zeichen nach Nordafrika zu senden, dass Wirtschaftsflüchtlinge in Europa keine Chance auf Asyl haben. Jedes Zugeständnis gegenüber unechten Flüchtlingen fördert weitere Migrationsströme Richtung EU und schliesslich Richtung Schweiz. Doch was macht

die EU? Sie schickt Grenzwächter, um die „Flüchtlinge“ aufzunehmen und berät über verschiedene Aufnahmemöglichkeiten. Michele Cercone, Sprecher von EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström sprach kürzlich sogar über die Möglichkeit der Aktivierung einer temporären Schutzklausel, die den Migranten aus Nordafrika kollektiv Asyl einräumen würde. Die Asylschutzklausel könnte von den EU-Staaten bei einem massiven Flüchtlingsansturm aktiviert werden.

Mit dem Dublin-Abkommen ist die Schweiz im Asylbereich an alle Entscheide der EU gebunden und müsste solche Fehlentscheide ausbaden. Zu diesem Zweck fordert die SVP-Fraktion in der Frühjahrsession eine dringende Debatte zur Flüchtlingsproblematik.

Zottel, der Glücksbringer der SVP ist zurück

Lange Zeit war es still um den beliebten Glücksbringer der SVP. Doch nun kehrt Zottel, der mittlerweile 10-jährige Geissbock, als unser Maskottchen zurück. Sein Drang nach Unabhängigkeit und Freiheit ist grösser denn je. Zottel hat viel vor! Mit seinem Eigensinn und Kampfgeist will er im Wahljahr mit der SVP 30% Wähleranteil erreichen. Er hat den Mut, auch bei heiklen Themen Klartext zu meckern. Zottel mag besonders Kinder, diese lädt er gerne mal auf seinen Hof ein und lässt sich ausgiebig streicheln.

Der Glücksbringer der SVP für die nationalen Wahlen 2011 ist erneut der heute 10-jährige Geissbock Zottel. Er hat-

te seinen 1. Auftritt im Wahljahr 2011 anlässlich der Delegiertenversammlung in Emmenbrücke am 15. Januar 2011. Als Geissbock ist er neugierig, interessiert, vorwitzig, zäh, eigensinnig und belastbar. Er steht für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz – wie die SVP. Und wenn ihm etwas

nicht passt, dann hat er den Mut Klartext zu meckern. Die wichtigste Charaktereigenschaft von Zottel ist allerdings: Er frisst alles, was grün ist, ohne selber grün zu sein!

Zudem kennt in der Schweiz fast jedes Kind den Namen „Zottel“ aus dem

bekanntem Kinderbuch „Zottel, Zick und Zwerg“ von Alois Carigiet. Tausende Kinder,

Familien sowie „Zottel-Fans“ aus der ganzen Schweiz haben den neugierigen Geissbock lieb gewonnen. Sein Besitzer ist Nationalrat Ernst Schibli aus Otelfingen - neu be-

kannt als Zottel-

fingen. Zottel lebt mit dem Zwergpony Camillo und der Zwerggeiss Mimu zusammen, in einer „Zwei-Zimmer-Wohnung“ (Stall mit zwei Räumen). Er kann das Pony oft auf Ausritten begleiten und darf jeden Tag auf die Weide.

Im laufenden Wahljahr werden Sie an diversen Veranstaltungen die Möglichkeit haben, den Glücksbringer der SVP zu besuchen.



4-TEENS DAS SCHWEIZER JUGEND MAGAZIN

Die Schweizer Jugend liest 4-TEENS

Das ideale Ostergeschenk für 12 – 18 jährige Jugendliche. Informativ, spannend und unterhaltend

Jetzt ONLINE abonnieren unter: www.4-teens.ch

SWISS

4-TEENS ist das einflussreiche SCHWEIZER JUGEND und seit über 80 Jahren auf dem Markt!

Pädophile dürfen nicht mehr mit Kindern arbeiten

Der jüngste schockierende Vorfall von Hansjürg S., der jahrelang scheinbar unbemerkt auf schändlichste Art behinderte Jugendliche und Kinder während seiner Arbeit missbrauchte, zeigt mehr als deutlich auf, dass in diesem Tabubereich akuter Bedarf an Aufklärungsarbeit besteht. Die Lehren für die Zukunft müssen heute und jetzt daraus gezogen werden. Eine Einführung der Meldepflicht ist unabdingbar, dafür werde ich mich einsetzen. Schauen auch Sie hin und handeln Sie mutig!



von Nationalrätin Sylvia Flückiger,
Schöftland (AG)

Jahr für Jahr werden immer wieder vor allem Mädchen und Frauen vergewaltigt und sexuell genötigt, nicht einmal behinderte Kinder und Jugendliche bleiben davon verschont. Das Strafrecht ist leider heute so ausgelegt, dass Vergewaltiger zu milde bestraft werden. Ein Viertel der Vergewaltiger müssen nicht einmal mehr ins Gefängnis, obwohl Vergewaltigung eines der schlimmsten Delikte ist. Das damit verbundene Leid jedes einzelnen Opfers kann man kaum nachvollziehen und jeder einzelne Fall muss mit aller Deutlichkeit ernst genommen und aufgeklärt werden. Entsprechend griffige und den Vorfällen angemessene Massnahmen gegen die Täter müssen zwingend die Folge sein. Der Bundesrat wird im Rahmen des Projektes „Harmonisierung der Strafrahmen und Aufhebung obsoleter Strafbestimmungen“ auch die Strafanordnungen bei strafbaren Handlungen gegen die sexuelle Integrität prüfen. Damit sollen u.a. angemessene Strafrahmen eingeführt werden. Das muss genau überprüft werden.

Es ist hinlänglich bekannt, dass Missbräuche und Vergewaltigungen begangen werden, das kann jederzeit und überall der Fall sein und es kann jeden

Menschen treffen, nicht nur Mädchen und Frauen, auch Kinder und Behinderte. Nach dem Fall Hansjörg S. zeigt man sich von offizieller Stelle höchst erstaunt und ist schockiert. Sexualisierte Gewalt und Missbrauch wurden im genannten Fall von einem Betreuer ausgeübt, aufgrund seiner Stellung war er den Opfern überlegen. Wenn man wegsieht, zweifelt oder keinen Mut aufbringt Verdachtsmomente zu thematisieren, ertragen die Opfer die Übergriffe aus Scham und Hilflosigkeit. Trifft es Behinderte, ist eine effektive Gegenwehr nicht einmal möglich. Diese Reaktionen ermutigten den Täter jahrelang zu weiteren intensiveren Handlungen bis es zur Eskalation kommt. Was passiert aber mit den Opfern und den Angehörigen? Das kann man sich kaum vorstellen. Sie werden ein Leben lang mit der erlebten peinlichen Erniedrigung, der ertragenen Wehrlosigkeit und tiefster Demütigung zu kämpfen haben.

Es braucht dringend Aufklärungsarbeit, indem man die Fakten klar und deutlich aufzeigt. Mythen müssen aus der Welt geschafft werden. Es braucht Fortbildungsveranstaltungen für Fachleute, ein Präventionsangebot für sexuelle Übergriffe in Institutionen und Organisationen. **Die Stiftung Linda** (www.stiftung-linda.ch, von Frau Dr. van den Brandt-Grädel, die ich persönlich unterstütze) setzt sich dafür ein und auch für eine gesetzlich verankerte Meldepflicht. Der aktuelle Fall von Hansjörg S. kann leider nicht mehr rückgängig gemacht werden,

aber es müssen daraus Lehren gezogen werden. Das ist die grosse Herausforderung und die Verpflichtung für die Institutionen und Organisationen, für die Gesellschaft und auch für die Politik. Die angebotenen Schulungen der Stiftung Linda tragen dazu bei, die Lage besser zu erkennen und rechtzeitig Massnahmen einzuleiten.

Initiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“

Die Initiative beinhaltet folgende Änderung der Bundesverfassung: *Art. 123c (neu) Personen die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, verlieren endgültig das Recht, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. (mehr unter www.marche-blanche.ch)*

Nach heutigen Regeln und Gesetzen kann ein Pädophiler nach seiner Haftentlassung wieder einen Beruf oder eine Betreuung mit Kindern ausüben. Das muss in Zukunft verhindert werden. Ein Pädophiler, der wegen Kindesmisshandlungen verurteilt wurde, darf nicht mehr in ein Umfeld zurückkehren, wo er sich wieder an Minderjährigen vergehen könnte. Bitte unterstützen Sie die Initiative, auf www.marche-blanche.ch finden Sie Unterschriftenbögen. *Hinschauen und mutig Handeln – herzlichen Dank für die Unterstützung!*

10 Linke Gewalt

Das Phänomen Linksextrem seit Jahren - die Medien sch

In der linksextremen Szene steigt die Gewaltbereitschaft seit Jahren. Während der diesjährigen Albisgütli-Tagung in Zürich kam es zu einem brutalen Angriff auf SVP-Nationalrat Hans Fehr. Die Behörden verharmlosten alles. Bei linksextremer Gewalt üben sich die Medien meist in Zurückhaltung und schweigen. Anschläge, Angriffe und Störungen von linksextremen Kriminellen gegen die SVP nehmen allerdings massiv zu. Beunruhigend ist in diesem Zusammenhang auch die Passivität der Behörden.

Der Vorfall ist in der jüngeren Schweizer Geschichte einzigartig: Auf dem Weg zu einer Parteiveranstaltung ins Zürcher Albisgütli wurde Nationalrat Hans Fehr abgepasst, die Angreifer warfen ihn auf den Asphalt und schlugen mit Fäusten und Stiefeln auf seinen Kopf und Körper ein, bis er blutete. Erst als ihm ein paar junge Frauen aus der linken Szene zu Hilfe kamen, liessen die vermummten Schläger von ihm ab. Mit Prellungen und Schürfungen landete Fehr im Spital. Er hat bei der Polizei Strafanzeige gegen die Täter eingereicht. Schockiert habe ihn die dumpfe Gewalt der Täter. Dieser sei er hilflos ausgeliefert gewesen. Für Fehr ist bedenklich, dass sich die Gewalt der Chaoten

nicht mehr nur gegen Sachen, sondern neu auch gegen Personen richtet. Er fordert ein härteres Eingreifen seitens der Sicherheitskräfte und härtere Strafen, wenn der Polizei solche Täter ins

Netz gehen. An den Tagen nach dem Übergriff fiel es den Medien schwer, diesen zu verurteilen. Der Lokalsender Radio 1 von Roger Schawinski unterstellte Fehr gar, aus dem Übergriff „politisches Kapital“ schlagen zu

Fehr in einer ersten Stellungnahme eine Mitschuld („Es war sehr mutig von Herrn Fehr, so nahe bei den Demonstranten durchzulaufen“).

Schadenssumme auf Vorrat

Stadtpolizisten, die in Zürich regelmässig gegen linke Chaoten im Einsatz stehen, beurteilen die Taktik gegenüber der „Weltwoche“ anders. Die politische Führung sei „auf dem linken Auge blind“. „Wenn sich irgendwo ein Grüppchen Neonazis bildet, lösen wir dieses sofort auf und



wollen. Der Tages-Anzeiger begann seine Analyse bezeichnend: „Da hat es den Richtigen getroffen! Das dürfte sich manch einer gedacht haben, als er hörte, dass Vermummte Hans

Fehr [. . .] zusammengeschlagen haben.“ Im Getöse um die Schuldfrage untergegangen ist der fragwürdige Einsatz der Polizei, die das Gewaltmonopol besitzt und die öffentliche Sicherheit der Bürger zu garantieren hat. Der Zürcher Polizeikommandant Philipp Hotzenköcherle unterstellte Nationalrat

nehmen die Personalien auf. Den linken Extremisten hingegen wird immer eine gewisse Schadenssumme auf Vorrat zugesprochen“, sagt ein Polizist. Dies habe dazu geführt, dass der Mob in den letzten Jahren immer grösser und gewalttätiger werden konnte. Aus Angst vor einer Eskalation und den damit verbundenen Schlagzeilen halte sich das Korps bei den unbewilligten Demonstrationen stets zurück – und nehme dafür Sachschäden von mehreren hunderttausend Franken in Kauf. Tatsächlich ist die Polizeiarbeit oft frustrierend, da sich die Staatsanwälte und Richter bei den verhafteten Linksextremisten bisher mit Nachsicht, bedingten Haftstrafen oder Strafgeldern in der Höhe einer Geschwindigkeitsbusse begnügen. Die sieben



Linksextremismus verschlimmert sich Lausanne zu und schweigen

Personen, die nach dem Übergriff auf Hans Fehr festgenommen wurden, kamen am selben Abend wieder frei.

Im letzten Jahr war es bereits zu über fünfzehn Anschlägen, Angriffen, Störungen oder Sachbeschädigungen von linksextremen Kriminellen gegen die SVP gekommen. Fenster wurden eingeschlagen, Autos demoliert, Privathäuser von Nationalräten wie Natalie Rickli, Jürg Stahl oder Ulrich Schlüer teilweise massiv beschädigt. Bei einer Standaktion in Lausanne war ein Polizeieinsatz nötig, vor einer Veranstaltung zur Ausschaffungsinitiative

wurde am Eingang eine bewaffnete Person verhaftet, es kam zu zahlreichen Farbanschlägen, Sprayereien und zu notgedrungenen Änderungen von Anlässen. Das Parteisekretariat der kantonalen SVP in Lausanne wurde von Chaoten besetzt. Das Parteisekretariat der SVP Schweiz wurde ebenfalls angegriffen und massiv beschädigt. Die politische Arbeit der SVP soll behindert oder sogar verunmöglicht werden. Diese systematischen Übergriffe von demokratiefeindlichen Kreisen auf die grösste Schweizer Partei sind in der Geschichte dieses Landes beispiellos. Sie sind in aller Schärfe zu verurteilen. Beunruhigend ist in diesem Zusammenhang aber auch die Passivität der Behörden. Sie dulden mit ihrem Verhalten

die Machenschaften von gefährlichen Extremisten.

Ein Ende der roten Übergriffe ist im



Wahljahr nicht abzusehen. Das Phänomen Linksextremismus hat im Schatten der öffentlichen Empörung über vereinzelte Neonazis seit Jahren zugenommen – und den Rechtsextremismus punkto Gewalt längst überholt. Entgegen der medialen Wahrnehmung sind Gewalttaten von



Das Generalsekretariat der SVP Schweiz nach einem Anschlag von linksautonomen Chaoten.

Linksextremen in der Schweiz viermal häufiger als von Rechtsextremen, wie die Weltwoche berichtet hat. Das Gewaltpotenzial der linken Szene ist hoch. Die Mitglieder sind meist bunt gemischt, es sind selbsternannte Anarchisten, teilweise arbeitslose Kleinkriminelle oder auch Studenten. Sie wohnen bei ihren Eltern, in WG's oder besetzten Häusern. Die Meinungsfreiheit ist ein demokratisches Grundrecht, welches die freie Meinungsbildung und die freie Willenskundgabe der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Dieses Freiheitsrecht diente historisch zum Schutz vor staatlichen Übergriffen. Heute haben wir die Situation, dass

wohl der Staat die verfassungsmässigen Freiheiten nicht offiziell ausser Kraft setzt, diese aber für einen Teil der Gesellschaft nicht mehr durchgesetzt werden: Wenn Randalierer bestimmen, wer sich wann wo versammeln darf und seine Meinung frei äussern darf, dann erinnert dies an Zustände in totalitären Staaten.

Den demokratiefeindlichen Kräften entgegnetreten

Die SVP lässt sich von Chaoten und Behörden nicht mundtot machen. Sie erwartet aber, dass sich alle Kräfte in diesem Land, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen, gegen diese schwerwiegende Entwicklung stemmen. Die Behörden aller Staatsebenen sind aufgerufen, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu garantieren und zu schützen (vgl. Weltwoche vom 27.1.2011 und 20Minuten online vom 22.1.2011).

Stopp der kontinuierlichen Erhöhung von Steuern und Gebühren, welche unser Land belasten

Fast 4 Milliarden Franken müssen die Schweizerinnen und Schweizer seit Anfang Jahr zusätzlich abgeben. Am meisten leidet darunter der Mittelstand. Diese Misere eingebrockt haben uns die Mitte-Parteien und die Linke. Die SVP ist die einzige Partei, die sich konsequent gegen die ständig steigende Steuerquote und somit für den Mittelstand einsetzt. Aus diesem Grund erneuert die SVP ihr Versprechen, jegliche Steuererhöhung zu bekämpfen. Schweizer wählen SVP, für weniger Steuern!



von Nationalrat Guy Parmelin,
Bursins (VD)

Im Programm unserer Partei für die nächste Legislatur 2011-2015 haben wir angekündigt, entschlossen gegen eine Erhöhung der Steuern, Abgaben und Gebühren zu kämpfen. Heute müssen wir leider feststellen, dass es die grösste Partei der Schweiz trotz ihrer Wählerstärke nicht schafft, den Staat daran zu hindern, den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen ab dem 1. Januar 2011 gegen 4 Mia. Franken zusätzlich aus der Tasche zu ziehen. Erhöhung der MwSt zugunsten der IV, zusätzliche Lohnbeiträge an die Arbeitslosenversicherung und die Erwerbsersatzordnung, nicht zu vergessen die gewichtigen Erhöhungen der Krankenkassenprämien: Das alles ergibt ein ziemlich düsteres Bild. Dies gilt es zur Kenntnis zu nehmen, allerdings ohne dabei die Flinte gleich ins Korn zu werfen und zu resignieren.

Die Warnungen der SVP wurden in den Wind geschlagen

Schon früher hat die SVP vor einer im

europäischen Vergleich ständig weiter steigenden Steuerquote der Schweiz gewarnt; das sich aufbauende Defizit von praktisch sämtlichen Sozialversicherungen ist eine der grossen Herausforderungen der Zukunft (aber beileibe nicht die einzige). Ständig muss Alarm geschlagen werden, mussten Abweichungen und Missbrauch thematisiert werden, musste der Finger darauf gehalten werden, dass wir – wie andere Länder in Europa auch – über unsere Verhältnisse leben, und dass unser Sozialsystem gefährlich ins Schlingern geraten ist. Trotz dieser deutlichen Anzeichen, welche durch die globale Finanzkrise noch verschärft wurden, herrscht in den anderen Parteien hinter vorgehaltener Hand die Meinung vor, die Schweiz könne ihre Sozialleistungen ganz ohne Risiko weiter ausbauen! Man könnte dieses Phänomen «Zauberflöten-Syndrom» nennen – jeder lässt sich von der süssen Musik einlullen und bewegt sich unbewusst immer näher auf den Abgrund und damit auf das Verderben zu.

Nein zu sämtlichen neuen Raubzügen auf das Portemonnaie der Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Wenn man verhindern will, dass dem Mittelstand und der Schweizer Wirtschaft die Luft abgedreht wird, ist es jetzt höchste Zeit, ganz klar und deutlich Nein zu sagen: Nein zu der Absicht, die Taschen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger weiter und weiter zu leeren. Aus diesem Grund erneuert unsere Partei ihr Versprechen, jegliche Steuererhöhung zu bekämpfen.

Der Kampf darf nicht nur an der Steuerfront geführt werden. Die anderen Parteien haben erkannt, dass die Waffe des Referendums eine ausgesprochen dissuasive Wirkung hat und sie oft daran hindert, ihre Ziele durchzusetzen. Aus diesem Grund werden sie künftig verstärkt auf das subtilere und effizientere Mittel der sog. Lenkungsabgaben setzen. Über Lenkungsabgaben ist es einfacher, Einnahmen zu generieren, denn die meisten dieser Abgaben kommen um die Klippe der Volksabstimmung herum. Und als wäre das Ganze parallel geschaltet, werden die Steuern nicht reduziert – ein Sieg für die politischen Vertreter der Verteilung nach dem Giesskannenprinzip. Wenn man dann noch weiss, dass der Bund sich darüber hinaus den „Spas“ gönnt, eine Mehrwertsteuer auf bestimmten Abgaben zu erheben (z.B. auf die Gebühr für das Einspeisen elektrischer Energie, die sog. kostendeckende Einspeisevergütung KEV), versteht man umso besser, wieso er kein Interesse daran hat, in diesem speziellen Bereich die Notbremse zu ziehen. Die Unternehmen, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, und die Bürgerinnen und Bürger, die auf individuelle Verantwortung setzen und sich ohne Hilfe des Staates durchschlagen, sind letztlich die Opfer dieses pervertierten Systems.

Nein zum unstillbaren Steuerdurst der Linken und der Mitte-Parteien

Es wird deshalb umso wichtiger sein, die Kräfte zu bündeln, um auch künftig die neuen Begehrlichkeiten ein-

Erhöhung der Steuern, Abgaben und Gebühren langsam erdrückt!

dämmen zu können, die den Steuerpflichtigen noch mehr Geld aus der Tasche ziehen möchten. Die Phantasie der Linken, aber auch von einigen Mitgliedern der Mitte-Parteien kennt keine Grenzen, wenn es darum geht, Schweizerinnen und Schweizer zur Kasse zu bitten. Schon ist die Rede von einer künftigen Bundessteuer auf Erbschaften, welche dazu führen würde, dass Schweizerinnen und Schweizer, die Jahr für Jahr bereits eine Vermögenssteuer auf dem Erbe entrichten, noch einmal zur Kasse gebeten würden. Das ist aber noch nicht alles; auch wenn die Mehrwertsteuer temporär erhöht wurde, um einen Beitrag an die Sanierung der IV leisten zu können, so muss zusätzlich das strukturelle Defizit dieser Versicherung über eine Senkung ihrer Ausgaben aufgefangen werden, um sie endlich in einen ausgeglichenen Finanzhaushalt überführen zu können. In gewissen Mitte-Kreisen wird bereits gemunkelt, dass die ins Auge gefassten Massnahmen zu schmerzhaft seien, und dass man „weichere“ Alternativen finden müsse! Mit anderen Worten: Neue Einnahmequellen anstelle einer Senkung der Ausgaben. Zwischen den Zeilen errät man bereits, dass die politische Courage angesichts gewisser rigoroser, aber unbedingt notwendiger Massnahmen rasch zugunsten neuer steuerlicher Einnahmen erlahmen wird. Diese Einnahmen könnten beispielsweise generiert werden aus einer Verlängerung der temporären Erhöhung der Mehrwertsteuer, welche der Souverän bis zum Jahr 2017 beschränkt hat. Das zweite Massnahmenpaket zur Sanierung der IV wird also anlässlich der Behandlung im Parlament zu heftigen Debatten führen.

Sanierung mittels Ausgabenkont-

rolle und nicht mittels neuer Steuereinnahmen

Die SVP wird es nicht zulassen, dass die Bevölkerung und die Unternehmen einmal mehr für hunderte von Millionen Franken geradestehen müssen, weil die anderen Parteien die Sanierung der IV nicht konsequent durchziehen wollen; das muss auch für alle anderen Sozialversicherungen und laufenden Ausgaben des Bundes gelten. Wir haben jetzt nämlich den schlagenden Beweis, dass diejenigen Staaten, deren Sozialsystem einem Wasserkopf gleich, ihre Leistungen drastisch reduzieren mussten. Derartige „Übungen“ werden letztlich immer auf dem Buckel der Schwächsten ausgetragen: Es sind deren Rechte auf Leistungen, die in Frage gestellt werden. Betroffen ist auch der Mittelstand, der mit der spürbaren Reduktion seiner Kaufkraft einen schmerzlichen Preis zahlt.

Die SVP stärken heisst, neue Raubzüge auf die Taschen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen der Schweiz zu verhindern

Mehr denn je gilt

der Merkspruch „vorbeugen ist besser als heilen“. Vorbeugen, das heisst für die SVP, neue finanzielle Begehrlichkeiten, die sich gegen die Steuerpflichtigen richten und nur eines beabsichtigen, nämlich neue Sozialleistungen zu generieren, entschlossen zu bekämpfen. In diesem Sinne ist es wichtig, dass unsere Partei bei den eidgenössischen Wahlen 2011 weiter zulegt und so die Schweizer Politik noch stärker beeinflussen kann. In diesem Sinne: Schweizer wählen SVP!

Das haben wir der Linken und den Mitte-Parteien zu verdanken:

4 Milliarden Franken zusätzliche Steuern, Abgaben und Gebühren seit Anfang Jahr!

- Seit dem 1. Januar 2011 werden der Bevölkerung sowie der Wirtschaft fast 4 Milliarden Franken zusätzlich aus der Tasche gezogen.¹
- Das macht pro Einwohner der Schweiz 450 Franken, oder pro vierköpfige Familie 1'800 Franken.
- Leidtragende sind insbesondere Familien und der Mittelstand.

Schuld daran sind die Linke und die Mitte-Parteien. Sie haben die höheren Steuern und Abgaben durchgesetzt. Nur die SVP hat als einzige Partei konsequent gegen diesen Raubzug auf das Portemonnaie der Bevölkerung gekämpft.²

¹ Erhöhung Mehrwertsteuer um 0,4% (1,1 Mia. Fr.), im Durchschnitt um 6,5% höhere Krankenkassenprämien (über 1,1 Mia. Fr.), Erhöhung Lohnabzüge für Mutterschaftsversicherung und EO um 0,2% (680 Mio. Fr.), Erhöhung Lohnabzüge für Arbeitslosenversicherung um 0,2% plus Solidaritätsprozent (620 Mio. Fr.).

² Die SVP hat die Mehrwertsteuererhöhung alleine gegen die anderen Parteien bekämpft. Sie war auch alleine gegen das Krankenversicherungs-gesetz und hat eine Volksinitiative zur Prämien-senkung eingereicht. Der Gegen-vorschlag dazu wurde ebenfalls abgelehnt. Die SVP hat die Mutterschaftsversicherung im Gegensatz zu den anderen Parteien abgelehnt. Bei der Arbeitslosenversicherung hat sie sich für eine rein ausgaben-seitige Sanierung eingesetzt.

**Deshalb:
Schweizer wählen SVP –
für weniger Steuern,
Abgaben und Gebühren.**



Spenden Sie für eine freie, selbstbewusste und starke Schweiz! FC 30-8828-5. Danke für Ihre Unterstützung!

14 Inserate



SVP-HIT

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviel Nächte!

- Übernachtung im Standard DZ
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Fr. 60.-
Fr. 50.- (Nebensaison)

ALPENBLICK
Fieschertal

***Hotel-Restaurant

Jetzt buchen, Skivergnügen in der ALETSCHEARENA
Wallis - Schweiz

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel. 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - info@hotelalpenblick.ch

Neuheit

Verkauf / Vermietung von Pommes-Automaten

Geschlossene Friteuse
Geringer Frittiergeruch
Einfache Bedienung

geeignet für:
- Vereinsanlässe
- Kantinen, Imbisse, usw.

MABI-Frites AG
8304 Wallisellen
Tel. 044 831 21 32
www.mabi-frites.ch
maurer@mabi-frites.ch



Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare
Herausgeberin: Stiftung SVP-Patezeitung
Erscheinungsweise: 12x/Jahr
Mitarbeiter: Michèle Berger, Kevin Grangier
Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252
3001 Bern - klartext@svp.ch
Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate: Michèle Berger - klartext@svp.ch

Dataform AG Formulardruckerei

Wir drucken für Sie:

- ESR-Formulare
- Formulare mit Karten

Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch

**ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN**

AAREPTAN

Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

Sie wollen bauen !

Meine Bestellerkompetenz in der Planung und Ausführung spart ihnen Geld + Ärger

Bauherrenberatung + Bauherrencoaching

www.rts-baumanagement.ch
rtsbaumanagement@bluewin.ch

Best Western Swiss Hotels

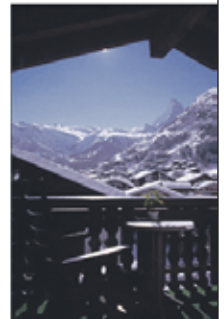
Alpen Resort Hotel in Zermatt

Neu in Zermatt: "Longstay"

Nach 14 Tagen erhalten Sie 33% Reduktion bei unseren Studios.

Erleben Sie Wellness mit Schwimmbad (30 Grad), Solebad (33 Grad) sowie 2 Tennisplätze inkl. Alpenresort Hotel

Mehr Infos: www.alpenresort.com
Tel. 027/ 966'30'00



Wer einen Spezialisten sucht für ...

- eingeschränkte Revisionen
- IKS, FRM und Risikobeurteilungen
- massgeschneiderte Finanzberichterstattung
- Buchführung und Controlling
- Nachfolgeplanung und Unternehmensfortführung

ruft uns an!

CZ REVISIONS AG

Alpenstrasse 15, 6304 Zug, www.czrevision.ch
Tel. 041 728 82 43, Fax 041 728 82 46

GOAL GLOSSAR

Populismus

Kein Mensch steht morgens mit dem Vorhaben auf: Heute schaue ich mir ein Plakat an. Deswegen sind wir gerne populistisch! Denn unser oberstes Ziel ist es, dass unsere Kampagnen von allen Wählerinnen und Wählern ohne Nachdenken verstanden werden.

Populismus
(von lat.: populus, das Volk) bezeichnet eine um «Nähe zum Volk» bemühte Politik

Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Wie die Schweizer Linke die DDR hofierte

Erwin Bischof, der Autor des Buches „Honeckers Handschlag“ ist Historiker und war Schweizer Diplomat. Er hat verschiedenste Archive in Deutschland und der Schweiz besucht und förderte brisante Tatsachen zu Tage: Friedrich Dürrenmatt beispielsweise pries im Kalten Krieg die Kommunisten und bemängelte die kritische Einstellung der Schweizer zum totalitären Sozialismus. Bischofs Buch ist bisher das einzige Werk, das diese Problematik eingehend thematisiert.

Herr Bischof, weshalb haben Sie ein Buch über die Verstrickungen der Linken mit dem Kommunismus geschrieben?

In den 90er Jahren lehnten die Eidg. Räte Vorstösse aus der SVP von Walter Frey und Maximilian Reimann ab, die Spionage der ostdeutschen Staatssicherheit (Stasi) in der Schweiz untersuchen zu lassen. Das war für mich als Historiker ein Ansporn, das Thema selber zu bearbeiten.

Warum gerade die DDR?

Die DDR lag uns Deutschschweizern sprachlich und geografisch nahe, deshalb haben auch mehrere Schriftsteller, Politiker und Theologen dieses Land bereist und darüber geschrieben.

Welches sind die wichtigsten Ergebnisse Ihrer Nachforschungen?

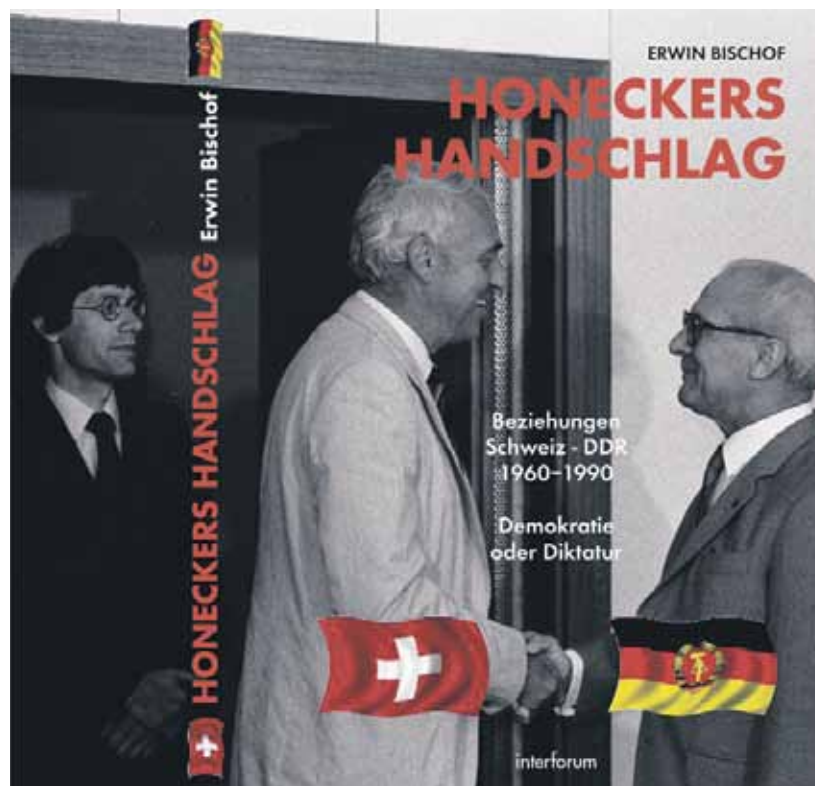
Ich konnte für mein Buch insgesamt 14 Archive von Berlin bis Bern konsultieren und bin auf brisante Entdeckungen gestossen: Der bekannte Schweizer Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt war 1941 - mitten im Krieg - Mitglied einer nationalsozialistischen Vereinigung und trat für den Anschluss der Schweiz ans 3. Reich ein. Nachher im Kalten Krieg pries er die Kommunisten und bemängelte die kritische Einstellung der Schweizer zum totalitären Sozialis-

mus. Auch der Basler Theologie-Professor Karl Barth würdigte die DDR, der Berner Schriftsteller und Pfarrer Kurt Marti verlangte mehr marxistische Professoren an den Schweizer Universitäten. Die NZZ-Journalistin

kraten fuhren einen Schmusekurs, der Parteivorstand unter Helmut Hubacher und Peter Vollmer besuchte 1982 Erich Honecker in Berlin und lobte die DDR in höchsten Tönen. Es ist unverständlich, dass heute, zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, die SP im neuen Parteiprogramm die Überwindung des Kapitalismus und die Abschaffung der Armee verlangen kann. Offenbar hat die Linke nichts gelernt aus der Geschichte. Die bürgerlichen Parteien und auch die meisten Medien lehnten das ungeliebte Regime sowie den Sozialismus konsequent ab. Auch das Volk liess sich nicht blenden. Die PdA blieb immer eine kleine Splitterpartei mit 1 – 5 % Wähleranteil, in Frankreich und Italien kamen die Kommunisten zeitweise auf 30 %.

Welche Reaktionen hat Ihr Buch ausgelöst?

Die betroffenen linken Kreise haben keinerlei Schuldbewusstsein, sie streiten alles ab oder beschönigen die DDR. Die Medien haben einige Buchbesprechungen veröffentlicht, aber die Verarbeitung der Verstrickungen des Kalten Krieges steht erst am Anfang.



Klara Obermüller rührte die Werbetrommel für die DDR. Die Stasi infiltrierte schliesslich private Firmen, Universitäten und Kirchen.

Wie verhielten sich die politischen Parteien?

Die kommunistische Partei der Arbeit (PdA) war ideell und auch finanziell vollumfänglich abhängig von Ost-Berlin. Ich konnte zum ersten Mal hohe Zahlungen Ost-Berlins an die PdA nachweisen. Die Sozialdemo-

Innovation: 100% Electric, 0% CO₂
ALL-NEW Mitsubishi i-MiEV – Das Original



Alle reden vom Elektroauto, **Mitsubishi liefert es bereits in die Schweiz:** das weltweit erste Grossserien-Elektroauto i-MiEV (Mitsubishi innovative Electric Vehicle) als wendiger und vollwertiger City Car mit 4 Sitzen plus Kofferraum. Problemloses Laden an jeder 230V/10A Steckdose. **5 Jahre Batterie-Vollgarantie.** Top-Ausstattung, CHF 45'990.-, Leasing ab CHF 599.-/Mt.**. **Bestellen Sie jetzt den genialen i-MiEV.** Eine Probefahrt beim Mitsubishi MiEV Partner sagt mehr als tausend Worte: www.mitsubishi-motors.ch



BEST OFFER bis 6'500.-

BEST OFFER 2011 VON MITSUBISHI

BEST OFFER Bonus 4'000.-

BEST OFFER Bonus 1'000.-

BEST OFFER Bonus 6'500.-

BEST OFFER Bonus 3'000.-



1.8 Benzin 5.5 L 118 g/km CO₂ **A**

Neu: Colt Diamond. 25 Extras inkl. Colt ab CHF 13'990.-¹⁾

Genial: Klassenbeste Ausstattung Genial: 25 Extras inklusive Genial: 95 PS, Stopp-Start-Automatik

Colt 1.3 Diamond 23'990.-
 • Nippon Bonus* 3'500.-
 • Cash Bonus oder 1/3 Leasing*** 500.-

BEST OFFER 19'990.-

¹⁾ 1.1 Best inkl. Bonus 2'500.-

1/3 2011 1/3 2012 1/3 2013
 0% Zins

1.8 DID Diesel 5.5 L 140 g/km CO₂ **B**

Neu: ASX Compact Crossover ASX 2WD ab CHF 25'990.-

Genial: Klassenbester in Preis und Leistung Genial: 2+4WD, Benzin/Diesel, 117-150 PS Genial: Stopp-Start-Automatik, ab 5.5 L

ASX Inform 2WD/4WD 26'990.- 32'990.-
 • Cash Bonus 1'000.- 1'000.-
 oder 2.9% Leasing**

BEST OFFER 25'990.- 31'990.-

DIAMOND LEASING 2.9%

2.2 DID 177 PS 6.3 L 165 g/km CO₂ **B**

Neu: Outlander 4WD Navigator Outlander schon ab CHF 28'990.-¹⁾

Genial: Reisen erster Klasse, Benzin 170 PS/DID 156 PS Genial: Automat, Navigation, Rückfahrkamera, Leder NEU: 2.2 DID MIVEC, 177 PS, 6-Gang, ab CHF 38'990.-

Outlander 2.2 DID Navigator, 156 PS 58'490.-
 • Nippon Bonus* 5'500.-
 • Cash Bonus oder 2.9% Leasing** 1'000.-

BEST OFFER 49'990.-

¹⁾ 2.0 Inform 2WD inkl. Bonus 2'000.-

DIAMOND LEASING 2.9%

1.8 DID 158 PS 5.7 L 136 g/km CO₂ **B**

Neu: Lancer DID mit Stopp-Start Lancer ab CHF 22'990.-

Genial: 1.8 ClearTec DID Diesel, 150 PS/300 Nm Genial: Stopp-Start-Automatik, 5.7 L/100km Genial: Lancer ab CHF 22'990.- inkl. Bonus 3'000.-

Lancer Sportback 1.8 DID Diamond 33'390.-
 • Nippon Bonus* 1'000.-
 • Cash Bonus oder 2.9% Leasing** 1'000.-

BEST OFFER 31'990.-

DIAMOND LEASING 2.9%

* Promotion BEST OFFER: gültig vom 1.1. bis 30.6.2011 (ASX bis 31.3.11) bei Kauf und Immatrikulation des entsprechenden Mitsubishi Neuwagens bei einem offiziellen Mitsubishi Partner. Alle BEST OFFER Preise sind unverbindliche Nettopreise inkl. 8.0% MwSt. sowie inkl. Nippon Bonus und inkl. Cash Bonus. ** 2.9% Diamond Leasing (ohne i-MiEV): gültig vom 1.1. bis 30.6.2011 (Immatrikulation, Vertragslaufzeit 48 Mt., Fahrleistung 10'000 km/Jahr, eff. Jahreszins 2.94% (i-MiEV 5.9%), Kautions 5% oder mind. CHF 1'000.-, Vollkasko obligat, Cash Bonus nicht kumulierbar. *** 1/3 Leasing: gültig vom 1.1. bis 30.6.2011 bei Kauf und Immatrikulation eines COLT Neuwagens, 1. Rate 1/3 des Barzahlungspreises, 1/3 nach 12 Monaten, Restwert 1/3, Laufzeit 24 Mt., Fahrleistung 20'000 km/Jahr, eff. Jahreszins 0%, Vollkasko obligat, Cash Bonus nicht kumulierbar. Die Multilease AG gewährt keine Finanzierung, falls diese zu einer Überschuldung des Leistungnehmers führen kann. CO₂-Ausstoss: Durchschnitt aller Neuwagen in der Schweiz: 188 g/km
www.mitsubishi-motors.ch www.multilease.ch

Genial bis ins Detail.

